Bericht des Landesvorstandes
1. Tagung des 10. Landesparteitages am 28./29. November 2026

Einführung

Der Landesvorstand konstituierte sich unmittelbar auf dem Wahlparteitag am 08. Dezember 2024. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl war die Vorbereitung der Bundestagswahlen 2025 zunächst der bestimmende Arbeitsschwerpunkt. Eine Auftaktklausur zur Abstimmung der Aufgabenverteilung und Arbeitsprozesse konnte wegen der Bundestagswahl erst Mitte März 2025 stattfinden.

Alle Beratungen des Landesvorstandes fanden hybrid statt. Im Berichtszeitraum beriet der Landesvorstand in insgesamt 26 Sitzungen. Alle Beratungen waren beschlussfähig. Bei Bedarf wurden Beschlüsse zwischen den Sitzungen des Landesvorstandes im Umlauf gefasst. Eine Signal-Gruppe gewährleistete bei Bedarf den kurzfristigen Informationsfluss, Austausch und Abstimmung zwischen den Mitgliedern des Landesvorstandes. Die Unterlagen des Landesvorstandes stehen bereits seit der letzten Wahlperiode für alle Mitglieder des Landesvorstandes in der Cloud unter www.dielinke-brandenburg.de/lv-info zur Einsicht zur Verfügung.

Während der laufenden Wahlperiode traten zwei Mitglieder des Landesvorstandes von ihren Ämtern zurück, unter ihnen auch einer der beiden gewählten Landesvorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Landesvorstandes. Für beide Positionen erfolgten keine Nachwahlen. Der Landesvorstand besteht daher aktuell aus 16 Mitgliedern.

Organisation und Kommunikation

Gremien

In der laufenden Wahlperiode unternahm der Landesvorstand verschiedene Anstrengungen, um den Austausch und die Kommunikation auf den verschiedenen Arbeitsebenen zu intensivieren und Austauschprozesse zu verbessern. Es wurde eine regelmäßige Runde der Sprecher*innen der landesweiten Zusammenschlüsse etabliert, die 3-4x jährlich berät. Die Zahl der Beratungen mit den Kreisvorsitzenden wurde verdichtet und um gemeinsame Beratungen mit dem Landesvorstand ca. 1x im Quartal ergänzt. Die Kreisgeschäftsführungen kommen weiterhin ca. 1x im Quartal zusammen. Intensiver gestaltete die Schatzmeisterin auch die Zusammenarbeit im Landesfinanzrat, der deutlich häufiger tagte und frühzeitig in Abstimmungsprozesse einbezogen wird. Ergänzend wurde außerdem eine AG Finanzen gebildet, die insbesondere neue Modelle für den innerparteilichen Finanzausgleich entwickelte und prüfte und sich etwa 1x monatlich beriet. Der

geschäftsführende Landesvorstand beriet wöchentlich in einer Videokonferenz zur Vorbereitung der Landesvorstandssitzung, Fragen des laufenden Geschäftsbetriebes und der Öffentlichkeitsarbeit. Präsenzsitzungen fanden nach Bedarf statt.

Zusammenfassend ist auch in dieser Wahlperiode festzustellen, dass sich der Trend zu Online- und Hybridformaten in der Sitzungsführung weiter verfestigt hat. Das reduziert einerseits Fahrwege und -kosten und damit auch die zeitliche Belastung der Genoss*innen, führt allerdings auch zu einer anderen Diskussionskultur. Insbesondere für komplexe und schwierige Themen und Fragestellung empfehlen wir dem neuen Landesvorstand auch die Durchführung von Präsenzsitzungen.

Die Nutzung von Messengerdiensten für den schnellen Informationsaustausch und Verständigung haben wir weiter ausgebaut. Wir setzen dabei, soweit möglich auf die Nutzung von Signal als sicherem Kommunikationskanal. Neben den Gruppen für die Kreisvorsitzenden, den Landesvorstand und weitere Gremien hat sich in dieser Wahlperiode auch eine Austauschgruppe der Kommunalpolitiker*innen etabliert, die kontinuierlich wächst und rege genutzt wird.

Beratung von Kreisverbänden

Insbesondere die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes und die Mitarbeitenden der Landesgeschäftsstelle beraten immer häufiger Kreisvorstände und Mitglieder auch individuell bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen. Mit dem Zuwachs an neuen Mitgliedern und dem Generationswechsel in verantwortlichen Funktionen geht zum Teil auch Wissensverlust einher, der kompensiert werden muss. Dem neuen Landesvorstand ist zu empfehlen, Funktionsträger*innen auf Landes- und Kreisebene auf die in Entwicklung befindlichen Angebote zur Funktionsbildung der Bundespartei zu orientieren und die Standardisierung von Verfahren in der Zusammenarbeit zwischen den Landesgeschäftsführungen weiter voranzutreiben.

Intensiv beschäftigt hat den Landesvorstand in dieser Wahlperiode insbesondere die Situation im Kreisverband Potsdam-Mittelmark. Die anhaltenden Auseinandersetzungen vor und vor allem nach der Wahl des Kreisvorstandes im Juni 2025 beschäftigten Landes- und Bundesschiedskommission. Die Missachtung satzungsrechtlicher Regelungen sowie der Entscheidung der Bundesschiedskommission durch Teile des gewählten Kreisvorstandes führte im Herbst diesen Jahres zu einer satzungswidrigen Zusammensetzung des Kreisvorstandes und damit seiner faktischen Handlungsunfähigkeit. Da auch die Einberufung eines von mehreren Ortsverbänden satzungskonform eingeforderten außerordentlichen Parteitages zur Neuwahl des Kreisvorstandes

verweigert wurde, war die Beantragung einer Ersatzvornahme nach §32 der Bundessatzung beim Parteivorstand erforderlich. Nach dem entsprechenden Beschluss wird der neue Landesvorstand die zügige Durchführung dieses außerordentlichen Parteitages im Kreisverband sicherstellen müssen.

Kommunale Mandatsträger*innen

Im Berichtszeitraum fanden in Kooperation mit dem kommunalpolitischen Forum zwei Mandatsträger*innentreffen statt. Diese waren mit 30 - Teilnehmenden besucht und führten intensive Debatten zu kommunalpolitischen Fragestellungen. Im Fokus standen auch hier Kernthemen der Partei wie die Öffentliche Daseinsvorsorge (Kitafinanzierungsneuordnungsgesetz) und Bezahlbares Wohnen, Quartiersentwicklung und Kommunalfinanzen. Dieser Raum zum persönlichen Austausch wird ergänzt durch einen Mailerteiler für kommunale Mandatsträger*innen, eine Signal-Gruppe und z.B. einen digitalen kommunalpolitischen Stammtisch, der vom kommunalpolitischen forum organisiert wird.

Das kommunalpolitische forum Land Brandenburg als die der Linken nahestehende kommunalpolitische Vereinbarung war in Folge des Ergebnisses der Landtagswahl 2024 und den damit verbunden Einschnitten in die Förderung aus Landesmitteln in seiner Existenz gefährdet. Den notwendigen Restrukturierungsprozess und die damit verbunden Umstellung auf vollständig ehrenamtliche Arbeit begleitete der Landesvorstand und stellte auch einen Überbrückungskredit bereit.

Das in diesem Zuge ebenfalls verabredete Programm zur Gewinnung und Ausbildung von Kandidierenden für die Kommunalwahlen 2029 befindet sich in der Konzipierung und soll ab 2027 umgesetzt werden.

Organizing mit ZETKIN

Die Nutzung der zentralen Organizing-Plattform der Bundespartei „ZETKIN“, die Brandenburg als Pilot-Landesverband 2022/23 eingeführt hat, wurde weiter ausgebaut. Der Landesverband setzt die Plattform standardmäßig für die Durchführung aller Veranstaltungen und für Umfragen unter den Mitgliedern ein. Die Nutzung in den Kreisverbänden ist gewachsen, wenn auch langsam. Hier sehen wir weiterhin erhebliche Reserven zur Mobilisierung von Mitgliedern für die politische Arbeit vor Ort.

Die Ausbildung der Organizer*innen wird inzwischen zentral durch den Bereich Parteientwicklung der Bundespartei abgesichert, so dass der Landesverband von dieser Aufgabe entlastet ist. Drei Genoss*innen aus MOL, Potsdam und der Prignitz nahmen in den letzten beiden Durchläufen an der ZETKIN-Summer-School in Schweden teil und konnten dort bei den Entwickler*innen der Plattform vertiefte Kenntnisse für die Organizing-Arbeit erwerben. Stefan Wollenberg

nahm als Geschäftsführer am ersten Organizers Movement im Frühjahr 2026 teil. Im Berichtszeitraum wurde im Landesverband u.a. eine entsprechende Fortbildung für die Mitarbeitenden der Bundestagsabgeordneten durchgeführt, die so ihre Betreuungskreisverbände gezielt unterstützen können. Auf der Ebene der Kreisverbände wurde die Plattform bei der Organisation des Bundestagswahlkampfes, in der Bürgermeisterwahl in Strausberg oder bei der Mobilisierung für Aktionen im Rahmen der Mietenkampagne erfolgreich eingesetzt.

Geschlechterdemokratie & Awareness

Nach dem entsprechenden Beschluss der Bundespartei wurde durch den Landesvorstand in der vorangegangenen Wahlperiode eine Vertrauensgruppe gebildet. Diese löste sich jedoch aus unterschiedlichen Gründen bereits 2024 wieder auf. Trotz intensiver Bemühungen und mehrerer Anläufe ist es im Nachgang der Landtags- Bundestagswahl bisher nicht gelungen, erneut eine Vertrauensgruppe und Awareness-Strukturen im Landesverband zu etablieren. In einzelnen Kreisverbänden sind Vertrauenspersonen tätig, die bei Bedarf auch in anderen Kreisverbänden unterstützen. Eine tragfähige Struktur auf Landesebene konnte mangels Mitstreiter*innen außerhalb anderer Funktionen bisher dennoch nicht etabliert werden. Dies hat zum Teil erhebliche Kapazitäten in anderen Gremien gebunden. In konkreten Fällen sind wir daher derzeit auf die Vertrauensgruppe der Bundespartei angewiesen. Das verzögert und erschwert einen zügigen und angemessenen Umgang mit konkreten Situationen. Dem Landesparteitag liegt deshalb ein Antrag der LAG'n Frauen und Queer vor, den der Landesvorstand ausdrücklich unterstützt. Für seine zügige Umsetzung ist auch der neue Landesvorstand auf die aktive Unterstützung der Kreisverbände bei der Gewinnung geeigneter Genoss*innen zwingend angewiesen. Die Besetzung der Vertrauensgruppe kann aus guten Gründen nicht aus den Vorständen heraus erfolgen.

Wie bei der 3. Tagung des 9. Landesparteitages verabredet, liegen diesem Landesparteitag Anträge zur Änderung der Satzung hinsichtlich der Durchführung von FLINTA-Plenen und der geschlechtlichen Selbstbestimmung vor. Die Änderungen der Bundessatzung werden dabei übernommen. Damit ist der entsprechende Arbeitsauftrag auch für den Landesverband umgesetzt.

Ein Dank gilt an dieser Stelle den Brandenburger Genoss*innen Monika Goetzke, Peps Gutsche und Luca Renner, die die Vorbereitung dieser Prozesse in der Feministischen Kommission des Parteivorstandes unterstützt haben.

Parteitage

Im Berichtszeitraum fand nach dem Wahlparteitag eine weitere Tagung des Landesparteitages statt: die 3. Tagung des 9. Landesparteitages am 29.11.2025 in Potsdam. Da bei dieser Tagung lediglich die Mitglieder des Parteirates neu gewählt werden mussten, gab es Raum für ein breites Spektrum inhaltlicher Debatten und Anträge. In einem Initiativantrag wandte sich der Parteitag gegen die von der Landesregierung geplanten, massiven Einschnitte bei der Förderung von Familien- und Frauenverbänden, Beratungsstellen, in der Antidiskriminierungs- und Demokratiearbeit. Wir konnten dazu Gäste aus der Zivilgesellschaft begrüßen. Desweiteren beschäftigte sich der Landesparteitag u.a. mit kommunalpolitischen Aufgaben, der Parteientwicklung und beschloss einen Rahmen für die Umsetzung der bundesweiten Mietenkampagne im Landesverband. Die im Rahmen dieser Tagung begonnene Diskussion um die Anpassung unserer satzungsrechtlichen Grundlagen im Bereich der Geschlechterdemokratie wird, wie seinerzeit verabredet – auf der 1. Tagung des 10. Landesparteitages – mit der Übernahme der zwischenzeitlich auf Bundesebene verabschiedeten Satzungsänderungen abgeschlossen.

Zum Stand der Abarbeitung der beschlossenen Leitanträge der beiden Landesparteitage, die in die Wahlperiode dieses Landesvorstandes fielen, fügen wir in der Anlag eine Übersicht bei, die den jeweiligen Bearbeitungsstand darstellt. In diesem Zusammenhang empfehlen wir dem Parteitag, bei Beschlüssen und Aufträgen an den Landesvorstand die Ressourcen der ehrenamtlichen Mitglieder ebenso wie die Kapazitäten der Landesgeschäftsstelle im Blick zu behalten.

Wahlen und Wahlkämpfe

Bundestagswahl 2025

Die Wahlperiode des neuen Landesvorstandes begann unmittelbar mit der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes zur vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025. Nur drei Wochen nach der Neuwahl des Landesvorstandes fand die Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste statt. Trotz des stark verkürzten Vorbereitungszeitraums und eines Landesverbandes, der von den Wahlkämpfen 2024 erschöpft und dem Ergebnis der Landtagswahl stark betroffen war, gelang es, in allen Brandenburger Wahlkreisen, Direktkandidat*innen aufzustellen und die Landesliste zu besetzen. Die Materialproduktion und -verteilung konnte mit der Erfahrung der Landesgeschäftsstelle und hohem Einsatz der Mitarbeitenden termingerecht realisiert werden.

Der im Dezember 2024 einsetzende massive Mitgliederzuwachs und die Einsatzbereitschaft und Begeisterung vieler neuer Genoss*innen überraschten

und motivierten auch unsere erfahrenen Wahlkämpfer*innen stark und ermöglichten uns trotz winterlicher Bedingungen vielerorts eine Präsenz an den Haustüren und auf den Straßen, die so wenige Wochen zuvor kaum vorstellbar gewesen wäre. Der Landesverband führte eine zentrale Tour mit einer roten Feldküche durch, bei der an den Einsatzorten heiße Suppe und Getränke verteilt wurden. Ein Format, das zwar erheblichen Aufwand verursachte, aber auch sehr gut ankam, sowohl bei den Menschen vor Ort als auch in der Berichterstattung. Flankiert wurde die Tour auch durch Veranstaltungen der „Silberlocken", u.a. in Cottbus und Brandenburg/Havel.

Am 25.02.2025 gelang schließlich der Wiedereinzug der Linken in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke. Bundesweit erzielte unsere Partei 8,8% der Zweitstimmen, in Brandenburg waren es 10,7%. Innerhalb von nur fünf Monaten vervierfachte der Landesverband die Zahl seiner Wähler*innen von 44.000 bei der Landtagswahl auf 176.000 bei der Bundestagwahl. Dies war für den Landesverband und für die Partei insgesamt ein fulminanter Erfolg. Der Landesverband ist seitdem mit drei Abgeordneten in der Bundestagsfraktion vertreten: Christian Görke, Isabelle Vandre und Christin Willnat.

Weitere Wahlen

Bis 2029 stehen im Landesverband keine landesweiten Wahlen an. Dennoch wurden verschiedene Bürgermeister*innenwahlkämpfe in unterschiedlichen Konstellationen bestritten, u.a. in Oranienburg, Rheinsberg, Fürstenwalde, Wustermark und Strausberg. Dazu kamen die Oberbürgermeisterwahlen in der Landeshauptstadt Potsdam, in Brandenburg an der Havel sowie die Landratswahl in Elbe-Elster. Hier gab es auch kreisverbandsübergreifende Solidarität, z.B. im Rahmen der Aktivenkonferenz im September 2025 u.a. in Oranienburg und Rheinsberg sowie beim doppelten Wahlkampf in Strausberg an mehreren Aktionswochenenden.

Brandenburger Genoss*innen unterstützten außerdem Wahlkämpfe in Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen.

Gerade auf der kommunalen Ebene zeigt sich, dass parteigebundene Kandidaturen nicht überall gute Chancen haben. Hier ist kluges Agieren und eine genaue Analyse der Situation vor Ort gefragt. Der Landesvorstand monitort deshalb alle Bürgermeister*innenwahlen im Land und berät und unterstützt die Kreisverbände sowie die Genoss*innen vor Ort.

Weitere Aktivitäten im Landesverband

Aktivenkonferenzen

Der Landesvorstand hat – ausgehend vom Neumitgliedertreffen im März 2025 – das Format der Aktivenkonferenz entwickelt. Hier treffen sich - erfahrene und neue - Mitglieder der Partei, tauschen sich aus, entwickeln gemeinsame Aktionen und verabreden sich zur Weiterarbeit. U.a. ist so die Signal-Gruppe „jwd und links“ entstanden, aus der heraus u.a. die Weiterarbeit am Konzeptpapier zur „Linken in ländlichen Räumen“ erfolgt.

Das offene Format der Aktivenkonferenz ermöglicht eine niedrigschwellige Teilhabe aller Genoss*innen, funktioniert wertschätzend und achtend für jede und jeden. Es öffnet Räume zum gemeinsamen Entwickeln von Ideen, Verabredungen treffen und zur Selbstwirksamkeit der Genoss*innen.

Mit jeweils 100 und 80 Teilnehmenden waren beide Aktivenkonferenzen im Gut Gnewikow gut besucht, aber hier ist noch viel Luft nach oben. Gilt doch, dass je mehr sich treffen, um so größer ist die Schwarmintelligenz. Der Versuch der solidarischen Finanzierung der Aktivenkonferenz über Patenschaften hat noch nicht gut funktioniert, sollte aber unbedingt fortgedacht und -geführt werden.

Der Landesvorstand empfiehlt die Fortführung und Weiterentwicklung der Aktivenkonferenzen als Erfahrungs- und Austauschort für Genoss*innen des Landesverbandes außerhalb von Parteitagen, Mandaten und Strukturen - ohne Zugangshürden und offen für alle.

Volksinitiative „Gerechtigkeit i(s)st besser!“

Nach der Ablehnung im Hauptausschuss des Brandenburger Landtages und somit dem Scheitern der Volksinitiative „Schule satt“, die die Linke maßgeblich zur Landtagswahlkampagne 2024 trug, wurde im Februar 2025 ein erneuter Versuch, diesmal unter dem Titel „Gerechtigkeit is(s)t besser“ und mit juristischer Begleitung durch unseren Genossen Gregor Gysi, gestartet. Im parteiübergreifenden Bündnis wurde unser Landesverband durch Stefan Wollenberg und Stephan Wende vertreten. In bisher drei Aktivenzooms hat der Landesvorstand versucht, die Mitgliedschaft und die Kreisverbände für die neue Unterschriftensammlung zu aktivieren, was unterschiedlich gelang.

Bis Februar 2027 haben wir im Bündnis der Volksinitiative nun noch Zeit 20 000 Unterschriften zu sammeln und somit den Landtag erneut zur Befassung mit dem Ziel eines „kostenlosen und gesunden Mittagessens für alle Schüler*innen der Klassen 1 – 6 im Land Bandenburg“ zu zwingen. Neben der Auftaktveranstaltung in Potsdam waren die Aktionswoche zum Schulstart Höhepunkte im bisherigen Kampagnenverlauf und maßgeblich durch den Landesverband und der beteiligten Kreisverbände mitgetragen.

Unsere aktive Mitarbeit im Bündnis beruht auf unserem Beschluss zum Wahlprogramm, aber auch der Initiative u.a. unserer MdBs in der Bundestagsfraktion, die mit einem ähnlichen Antrag und einer Fachdialogveranstaltung der Bundestagsfraktion hier aktiv sind.

Mietenkampagne

Entsprechend des Beschlusses der 3. Tagung des 9. Landesparteitages wurde unmittelbar im Anschluss an die Tagung ein Koordinierungskreis für eine landesweite Umsetzung der Mietenkampagne initiiert. Es gelang, aus allen Kreisverbänden Ansprechpartner*innen zu benennen. Eine erste Klausur zur grundsätzlichen Verständigung zu Ausrichtung, Zielen und Mitteln fand im März 2026 in Potsdam statt. Es wurde verabredet, je nach Region unterschiedliche Aspekte der Kampagne in den Fokus zu rücken und die verschiedenen lokalen Gegegbenheiten zu berücksichtigen. Während in den Ballungsräumen um Berlin und insbesondere in Potsdam dabei hohe Neumieten, Spekulation und Verdrängung eine erhebliche Rolle spielen, funktionieren im eher ländlichen Raum vor allem Fragen zu den Betriebskosten und der praktischen Anwendung des Heizkostenchecks.

Erfolge verzeichnet vor allem der KV Potsdam, der neben der systematischen Ermittlung von fehlerhaften Heizkostenabrechnungen bei einzelnen Gesellschaften eine medienwirksame Auseinandersetzung mit einem Potsdamer Bau-Unternehmer (und CDU-Stadtverordnetem) zur Verdrängung von Mieter*innen in Babelsberg führt. Ebenfalls medial erfolgreich ist eine Kampagne der Cottbusser Genoss*innen zum Abbau von Balkons im Plattenbaugebiet Sandow und Aktivitäten in Seelow rund um einen Wohnblock, der vom Vermieter massiv vernachlässigt wird. Auch der Heizkostencheck wird von verschiedenen Kreisverbänden punktuell erfolgreich eingesetzt.

Die Beteiligung im Koordinierungskreis ist trotz kontinuierlicher Bemühungen seiner Mitglieder dennoch auf wenige Kreisverbände beschränkt. Versuche, eine landesweite Klammer zu entwickeln und mehr Kreisverbände für eine intensive Beteiligung zu gewinnen oder auch überregional gemeinsame Aktionen auf den Weg zu bringen, waren bisher nicht erfolgreich. An dieser Aufgabe muss daher auch der neue Landesvorstand intensiv weiterarbeiten.

Friedenspolitische Aktivitäten

Die globalen Spannungen haben auch in dieser Wahlperiode des Landesvorstandes weiter zugenommen. Die Zahl der mit militärischer Gewalt ausgetragenen Konflikte in der Welt steigt. Mit der von der Bundesregierung ausgerufenen „Zeitenwende“ bekommt dieser Konflikt nun eine neue Dimension. Die Explosion von Ausgaben in Rüstung, die drohende Reaktivierung der

Wehrpflicht, die umfassende Militarisierung unserer Gesellschaft – das alles sind Entwicklungen, die unseren entschiedenen Widerstand fordern.

Die 3. Tagung des 9. Landesparteitages beschloss dafür unter anderem, Kriegsdienstverweigerungsberatung in unseren Geschäftsstellen anzubieten. Der Landesvorstand hat hierfür online entsprechende Qualifizierungsangebote initiiert. Genutzt wird dieses Angebot nach unserer Kenntnis bisher nur punktuell. Die Unterstützung junger Menschen, die sich mit Streiks und Demonstrationen gegen die Wehrpflicht wehren, bleibt aber weiter unsere Aufgabe.

Auch die Tradition der Ostermärsche wurde 2025 und 2026 durch den Landesverband fortgeführt. Im Fokus standen dabei aktuelle und möglicherweise zukünftige Militär- und Rüstungsstandorte in Brandenburg. 2025 fand der Ostermarsch in Kooperation mit dem Landesverband Sachsen-Anhalt am Fliegerhorst Holzdorf an der Landesgrenze statt. Durch die Stationierung des Raketensystems ARROW 3 und den Ausbau zum größten Luftwaffenstandort in Ostdeutschland kommt dem Gelände eine herausgehobene Bedeutung zu. Die Umwandlung ziviler Produktion zu einem Rüstungsbetrieb war Anlass für unseren Ostermarsch 2026 in Ludwigsfelde. Nach dem Ende der Nutzfahrzeugproduktion von Daimler-Benz 2030 könnten dort Panzer gebaut werden. Das trifft auf unseren entschiedenen Widerstand.

Wie bereits im letzten Rechenschaftsbericht bleibt allerdings auch diesmal festzustellen: die Zahl der Teilnehmenden bei diesen Demonstrationen reicht bei weitem nicht an die Zahl der Genoss*innen heran, die den Frieden in den Mittelpunkt all unseres politischen Wirkens gestellt wissen wollen. Dies bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe, die der Landesvorstand allein nicht leisten kann.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden und anderen Parteien

Die bereits in der letzten Wahlperiode gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den großen Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, aber auch den Familien- und Frauenverbänden und den Umwelt- und Naturschutzverbänden konnten wir in dieser Wahlperiode des Landesvorstandes deutlich ausbauen. Es findet ein regelmäßiger Austausch zu gemeinsamen Themen statt: die letzte Runde mit der Brandenburger LIGA fand im September statt, ein nächstes Treffen mit den Spitzen der Brandenburger Gewerkschaften ist für das 1. Quartal 2027 geplant.

Neben der Zusammenarbeit in der Volksinitiative „Gerechtigkeit i(s)st besser!“ stimmen wir uns regelmäßig auch für konzertierte Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen miteinander ab. Das gilt ebenso für die Akteur*innen im Bildungsbereich wie die Kita-Elternbeiräte, Schüler*innenproteste etc., die wir solidarisch unterstützen, vor Ort präsent sind und unsere Mitglieder mobilisieren. Der Sommer und Herbst 2026 war in dieser Hinsicht besonders herausfordernd. Mit Unterstützung einiger Potsdamer Genoss*innen, die sich für das städtische

Klinikum besonders engagieren, gelang es uns, in einem großen Bündnis mehr als 1.000 Menschen auf die Straße zu bringen, die gegen die kurzfristig angekündigten Stationsschließungen Anfang Juli demonstrierten. Auch die Solidaritätskundgebung nach dem Anschlag auf den Berliner CSD ging auf unsere Initiative zurück – hier gelang es, auch andere Parteien mit ins Boot zu holen. Das gilt ebenso für die großen antifaschistischen Kundgebungen in Potsdam. Hier ist das Engagement von Stefan Wollenberg als Sprecher im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ ein wichtiges Bindeglied.

Hervorzuheben ist in diesem Kontext unsere Mitarbeit im Netzwerk „Gut vertreten“. Das Netzwerk entwickelte sich aus einem Runden Tisch im Sommer 2025, den „Mehr Demokratie“ e.V. initiiert hatte. Im Netzwerk werden Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft und von direkter Beteiligung entwickelt. Es geht auch um die Entwicklung von Resilienz gegen den zunehmenden Druck von Rechts aber auch durch die Kürzungsmaßnahmen in Land und Bund, denen sich zivilgesellschaftliche Träger und die Demokratiearbeit zunehmend ausgesetzt sehen. Der Impuls zur Verstetigung der Debatte und wesentliche Teile der Diskussionsgrundlage wurden durch uns beigesteuert.

Gesprächskontakte gab es in der aktuellen Wahlperiode auch zu anderen demokratischen Parteien. Mit den Grünen gibt es dabei einen regelmäßigen Austausch mit den Landesvorsitzenden, die Gespräche mit weiteren demokratischen Parteien sind anlassbezogen. Gerade mit Blick auf ein mögliches Szenario wie in Sachsen-Anhalt, das 2029 auch in Brandenburg drohen könnte, ist es wichtig, diese Gesprächskanäle weiter zu festigen.

Öffentlichkeitsarbeit

Ressourcen

Nach den Wahlkämpfen 2024/25 musste die Öffentlichkeitsarbeit in der Folge wieder mit beschränkteren Ressourcen Arbeiten. Die Pressearbeit wird weiterhin durch die Geschäftsführung wahrgenommen. Für die Webseiten des Landesverbandes, die Social-Media-Arbeit, Print-Layout, Newsletter und die technische Betreuung steht eine Stelle zur Verfügung, die alle diesbezüglichen Bedarfe abdecken muss. Die inzwischen weitgehend abgeschlossene Umstellung der Webpräsenzen des Landesverbandes und der Kreisverbände von Typo3 auf Wordpress hat dabei in dieser Wahlperiode erhebliche Ressourcen in Anspruch genommen, da je Kreisverband eine individuelle Projektbetreuung erforderlich war. Derzeit befinden sich noch 2 Kreisverbände in der Umstellung. Damit ist das Projekt dann abgeschlossen.

Pressearbeit

Die Pressearbeit wurde nach dem Wahlkampf sukzessive umgestellt. Der Landesvorstand beschäftigte sich im Rahmen seiner Klausur im März 2025 mit entsprechenden Grundsätzen, die im weiteren Verlauf der Wahlperiode konkretisiert wurden. Presseerklärungen wurden von den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes abgegeben. Hier gab es eine informelle, aber flexible Themenaufteilung zwischen der Landesvorsitzenden und ihren Stellvertreter*innen. Bei konkreten Anlässen bzw. auf Grundlage entsprechender Vorschläge wurden Erklärungen gemeinsam mit Landesarbeitsgemeinschaften und ihren Sprecher*innen abgegeben, u.a. der LAG Frauen, Queer, Schule & Bildung. Ebenso gab es gemeinsame Erklärungen mit Kreisvorsitzenden bzw. kommunalen Mandatsträger*innen bei lokalen Ereignissen von überregionaler Bedeutung. Zu einzelnen Ereignissen stellten wir den Kreisverbänden Musterpresseerklärungen für die eigene Pressearbeit zur Verfügung (z.B. Mitgliederentwicklung, Start der Volksinitiative, Studie zur Einführung der Vermögenssteuer). Diese Strategie zielte darauf ab, unsere Schwerpunktthemen mit Personen zu verbinden. Begleitet wurden die Pressemitteilungen in der Regel von entsprechender Social-Media-Arbeit.

Nach einem starken Absinken des Interesses an der Linken in Folge des Ausscheidens aus dem Landtag hat auch die Zahl der Medienanfragen an uns seit Mitte 2025 wieder stark zugenommen. Regelmäßig stellen wir uns Presse-, Rundfunk- und TV-Anfragen zu landes- und bundespolitischen Themen. Die meist kurzfristige Abstimmung hierzu erfolgt im geschäftsführenden Landesvorstand, der Pressesprecher erarbeitete jeweils Kurzbriefings, bei Bedarf unter Inanspruchnahme von Expertise aus der Bundestagsfraktion oder den Reihen der ehemaligen Landtagsabgeordneten.

Mit einer außerparlamentarischen Großen Anfrage versuchten wir zu Jahresbeginn 2026 einen umfassenderen inhaltlichen Aufschlag mit eigenen Themen zu platzieren. Die mediale Widerspiegelung war für uns erfreulich, die inhaltliche Vorbereitung allerdings auch aufwendig. Die Weiterverwertung gelang allerdings nicht wie geplant. Dennoch ist dem neuen Landesvorstand zu empfehlen, auch künftig proaktiv mit eigenen Themensetzungen in Erscheinung zu treten.

Social Media

Die Social-Media-Arbeit des Landesverbandes stützt sich auf Instagram als Hauptkanal und auf TikTok, das wir seit August 2024 aufbauen und in dieser Wahlperiode deutlich ausgebaut haben. Beide Kanäle werden im Rahmen der oben beschriebenen Stelle betreut. Viele Inhalte entstehen in Verbindung mit Pressemitteilungen, Terminen und Aktionen des Landesverbandes, so dass Presse- und Social-Media-Arbeit ineinandergreifen.

Reichweite folgt politischen Konjunkturen
Die Reichweite unserer Kanäle folgt den politischen Konjunkturen. Wahlkämpfe, landespolitische Zuspitzungen und Ereignisse, die viele Menschen bewegen, sorgen für Hochphasen, in denen einzelne Beiträge sechsstellige Reichweiten erzielen. Zwischen diesen Hochphasen erreichen unsere Beiträge regelmäßig ein- bis zweitausend Konten und halten den Kontakt zu einem wachsenden Publikum.

2025 stand im Zeichen des Bundestagswahlkampfs: 51 Instagram-Beiträge und 30 Reels erreichten zusammengerechnet rund 851.000 Konten. 2026 haben wir die Taktung auf Instagram mit 52 Beiträgen bis Mitte November gehalten und unsere Präsenz auf TikTok mit 58 Videos nahezu verdoppelt. Mit 12.928 Likes hat TikTok 2026 bereits vor Jahresende mehr Zuspruch erhalten als im gesamten Wahljahr 2025.
Besonders erfreulich ist die Entwicklung im letzten ausgewerteten Quartal (19. August bis 16. November 2026): Der Instagram-Kanal erreichte knapp 240.000 Konten, 58 Prozent mehr als in den drei Monaten davor. Die Zahl der Profilbesuche stieg im gleichen Maß. 98 Prozent der erreichten Konten folgten uns bis dahin nicht. Unsere Inhalte erreichen also weit über die eigene Anhängerschaft hinaus neue Menschen.

	2025	**2026***
Instagram-Beiträge	51	52
Instagram-Stories	856	990
Shares (Instagram-Beiträge und Reels)	1.775	1.700
Profilbesuche über Beiträge	862	1.255
Neue Follower über Beiträge	166	287
TikTok-Videos	30	58
TikTok-Likes	12.477	12.928

** 2026: Instagram-Beiträge bis 9. November, Stories und TikTok bis 16. November.*

Follower-Wachstum
Auf Instagram folgen uns heute 6.714 Accounts. Allein im letzten Quartal (19. August bis 16. November 2026) wuchs der Kanal netto um 685 Follower: 906 neuen Followern standen 221 Entfolgungen gegenüber.

Auf TikTok haben wir seit dem Start im August 2024 eine Community von 3.641 Followern aufgebaut. Von den heutigen Followern sind mindestens 1.404 im Jahr

2025 und mindestens 731 im Jahr 2026 hinzugekommen, davon mindestens 243 im letzten Quartal.

Die größten Altersgruppen unter den Instagram-Followern sind die 25- bis 34-Jährigen (33 Prozent) und die 35- bis 44-Jährigen (25 Prozent). Wir erreichen damit gerade die Generationen, die im Berufsleben stehen und Familien gründen.

Was besonders gut funktioniert hat
Die reichweitenstärksten Inhalte lassen sich drei Mustern zuordnen:

- **Termine mit bundesweit bekannten Gesichtern.** Der Auftritt der „Silberlocken“ in Cottbus im Februar 2025 erreichte als Reel über 106.000 Konten. Die Ankündigung des Gesprächs von Heidi Reichinnek und Isabelle Vandre im Februar 2025 erreichte rund 133.000 Konten, die Einladung zu einem Termin mit Heidi Reichinnek im Juli 2025 rund 145.000.
- **Schnelle Reaktionen auf landespolitische Ereignisse.** Der Beitrag zum Rücktritt von Katrin Lange im Mai 2025 erreichte rund 88.000 Konten, die Kritik am Abstimmungsverhalten Brandenburgs im Bundesrat im Mai 2026 rund 36.000.
- **Haltung bei Ereignissen, die viele Menschen bewegen.** Unsere Stellungnahme zur Gewalttat am Schulcampus Gosen im August 2026 war mit rund 154.000 erreichten Konten der reichweitenstärkste Beitrag des Berichtszeitraums. Der Beitrag zum mutmaßlichen Brandanschlag auf die Berliner Stromversorgung im Januar 2026 war mit über 4.100 Likes der meistgelikte.

Auf TikTok erzielten die Videos vom Februar 2025 sowie von Mai bis Juli 2026 die meisten Likes; das stärkste Video kam auf rund 4.700 Likes.

Facebook
Auch auf Facebook erreichen wir weiterhin ein großes Publikum. Von Januar 2025 bis Mitte November 2026 erzielten unsere Inhalte dort über eine Million Aufrufe (1.015.972). Den Großteil machen klassische Beiträge aus: Einzelbilder (51 Prozent) und Bildergalerien (28 Prozent), gefolgt von Reels (17 Prozent) und Stories (4 Prozent). Auch hier folgt die Reichweite den politischen Konjunkturen. Die stärksten Tage mit bis zu rund 30.000 Aufrufen fallen in den Jahresbeginn 2025 und den Jahresbeginn 2026, weitere Hochphasen in den Frühsommer und Spätsommer beider Jahre.

Rund 70 Prozent der Aufrufe stammen von Menschen, die unserer Seite nicht folgen. Damit trägt auch Facebook dazu bei, unsere Positionen über die eigene Anhängerschaft hinaus bekannt zu machen.

Ausblick
Die Erfahrungen der Wahlperiode zeigen: Mit sehr eingeschränkten Ressourcen ist es gelungen, die Kanäle auch nach dem Wahlkampf kontinuierlich zu bespielen, TikTok als zweiten Kanal zu etablieren und vor allem Menschen außerhalb der eigenen Anhängerschaft zu erreichen. Dem neuen Landesvorstand ist zu empfehlen, an diese Entwicklung anzuknüpfen: mit regelmäßiger Taktung, mit Inhalten, die unsere Themen mit bekannten Personen verbinden, und mit schnellen Reaktionen auf landespolitische Ereignisse. Dafür braucht es kurze Abstimmungswege und ausreichende Ressourcen vor allem für Videoformate.

Newsletter

Das wichtigste regelmäßige Medium des Landesverbandes zur Information seiner Mitglieder ist der wöchentliche Newsletter. Er wurde in der laufenden Wahlperiode behutsam weiterentwickelt. Auswertungen der Nutzung zeigen, dass sich die Wahrnahme verbessert, wenn die Inhalte fokussiert statt möglichst umfangreich angeboten werden. Deswegen wurde die redaktionelle Auswahl intensiviert und wir achten bei den einzelnen Beiträgen darauf, Informationen möglichst prägnant und kompakt zu vermitteln und für weitergehende Informationen dann auf die Webseiten der Kreisverbände, Abgeordneten etc zu verweisen. Die Zahl der Zulieferungen aus den Kreisverbänden und innerparteilichen Zusammenschlüssen schwankt stark.

Medien- und Urheberrechtsfragen

Die Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene und auch in den Kreisverbänden sieht sich immer wieder auch mit Rechtsfragen konfrontiert. Vor allem die Häufigkeit von Abmahnungen und Unterlassungsforderungen hinsichtlich Urheberrechtsverletzungen bewegt sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Während der Landesverband in dieser Wahlperiode nicht mehr von entsprechenden Forderungen betroffen war, hat sich die Zahl der betroffenen Publikationen auf Kreisverbandsebene erhöht. Der Landesvorstand verweist für die Erstellung eigener Positionen deshalb dringen auf die Nutzung sicherer Quellen wie Lissi, dem Bildpool und den Flickr-Account der Bundespartei. Ein Großteil der Verfahren und der damit verbunden Kosten wäre bei sorgfältiger Vorabprüfung vermeidbar. Bei auftretenden Verfahren wurden die betroffenen Kreisverbände durch uns unterstützt. In Einzelfällen gelang es, unberechtigte Forderungen abzuwehren, bzw. die ursprünglich geforderten Kosten deutlich zu reduzieren. Wichtig ist im Ernstfall eine möglichst schnelle Meldung an die Landesgeschäftsstelle.

In zwei Fällen wurde der Landesverband in dieser Wahlperiode auf Unterlassung in Anspruch genommen. In einem Fall wurde ein Teil der getätigten Äußerungen

untersagt, ein weiterer Teil blieb zulässig und das Gegendarstellungsbegehren wurde zurückgewiesen. Von den Kosten des Verfahrens hatte der Landesverband 1/3, der Verfahrensgegner 2/3 zu tragen.

Im zweiten Fall war der Landesverband lediglich verfahrensbeteiligt als weiterer „Veröffentlicher“ eines social-media-Videos der Bundespartei. Dieses Verfahren wurde weitgehend zu Gunsten der Bundespartei entschieden. Die Gegenseite hat Berufung angekündigt. Kosten sind dem Landesverband nicht entstanden.

Mitgliederarbeit & Mitgliederentwicklung

Nach der Landtagswahl 2024 und spätestens mit dem Jahreswechsel 2024/25 ist in der Mitgliederentwicklung des Landesverbandes eine grundlegende Wende eingetreten. 2025 war das Jahr mit dem bisher stärksten Mitgliederzuwachs in der Geschichte des Landesverbandes. Insgesamt traten 1.629 Menschen neu oder wieder in Die Linke Brandenburg ein (ohne Zuzüge). Ca. 2/3 dieser Eintritte entfallen auf das I. Quartal des Jahres, unmittelbar vor und nach der Bundestagswahl Ende Februar. Danach stabilisierten sich die Neueintritte auf einem guten Niveau von ca. 10-15 wöchentlich. Dieser Trend hält im Jahr 2026 an. Bis November verzeichnen wir bereits 445 Eintritte, bis zum Ende des Jahres werden vorraustlich mehr als 500 Neumitglieder erreicht. Hauptmotiv der meisten neu eintretenden Mitgliedern ist der Widerstand gegen Rechts. Dies lässt sich nicht nur aus den meisten Erstkontakten entnehmen, sondern auch aus den Zeitpunkten schließen, zu denen die meisten Eintritte erfolgen. 2025 lagen die Spitzen unmittelbar nach der „Witrede“ von Heidi Reichinnek im Bundestag im Zusammenhang mit der gemeinsamen Abstimmung von CDU und AfD Ende Januar sowie in der Woche nach der Bundestagswahl. 2026 war die Woche nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die zuwachsstärkste.

Nach einem ersten landesweiten Neumitgliedertreffen im März 2025 mit ca. 200 Teilnehmenden wurde die Neumitglieder-Begrüßung aufgrund des großen Zuwachses konsequent in die Kreisverbände verlagert. Der Landesverband bot im 2. Quartal 2025 zwei Schulungen für Mitgliederbeauftragte speziell zur Neumitgliederarbeit an. Viele Kreisverbände entwickelten in der Folge spezifische, niedrigschwellige Formate für die neuen Mitglieder wie „Pizza, Pasta, Politik“, „Trinken mit den Linken“ und weitere. Insbesondere während des Bundestagswahlkampfes konnten wir erheblich von einem überproportionalen Aktivitätsniveau der neuen Genoss*innen profitieren. Nach Ende des Wahlkampfes ging der Aktivierungsgrad in den meisten Kreisverbänden auf ein niedrigeres Niveau zurück.

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, hat sich die Mitgliederentwicklung des Landesverbandes mit einem positiven Trend stabilisiert. Allerdings fällt die Situation in den Kreisverbänden differenziert aus.

Mitgliederentwicklung zum Stichtag 31.Dezember 2026 nur bis 20.11.2026

Kreis	**2024**	**2025**	**2026**
KV Barnim	319	483	518
KV Brandenburg an der Havel	111	171	170
KV Dahme-Spreewald	257	337	328
KV Elbe-Elster	135	165	167
KV Frankfurt (Oder)	163	158	160
KV Havelland	182	255	267
KV Lausitz	348	418	401
KV Märkisch-Oderland	434	477	464
KV Oberhavel	302	397	400
KV Oberspreewald-Lausitz	137	157	168
KV Oder-Spree	297	362	361
KV Ostprignitz-Ruppin	188	217	212
KV Potsdam	517	797	817
KV Potsdam-Mittelmark	254	350	365
KV Prignitz	72	100	100
KV Teltow-Fläming	223	289	302
KV Uckermark	173	211	213
ohne KV	18	24	24
gesamt	**4130**	**5368**	**5437**

Nachdem das Niveau der Austritte 2025 auf 204 gesunken war, ist es 2025 um etwa 1/3 angestiegen (288 bis 20.11.2026). Die Austritte entfallen im Wesentlichen auf zwei Personengruppen: Genoss*innen, die altersbedingt ihren Austritt erklären oder von ihren Betreuungsbevollmächtigten abgemeldet werden und Mitglieder mit relativ kurzer Verweildauer. Gemessen an der Zahl der Neueintritte liegt die Haltequote seit 2025 aber bei über 90%. Politische Gründe für einen Austritt werden uns gegenüber nur in Einzelfällen erklärt und fallen statistisch nicht ins Gewicht. Über Austritte, die in der Landesgeschäftsstelle gemeldet werden, informieren wir zeitnah die betroffenen Kreisverbände. Die Führung von „Rückholgesprächen“ liegt in deren Entscheidungshoheit.

Altersbedingtes Ausscheiden und Wegzüge beeinflussen die Mitgliederentwicklung ebenfalls negativ. Jedoch liegt die Zahl der Neueintritte auch 2026 über der Summe aus verstorbenen, verzogenen und ausgetretenen Mitgliedern, so dass auch weiter von einem Wachstum des Landesverbandes ausgegangen werden kann.

Finanzen

Der vorliegende schriftliche Bericht umfasst den Zeitraum ab dem 1. Februar 2025, an dem ich die Aufgaben der Landesschatzmeisterin vollständig übernommen habe, und betrachtet die finanzielle Entwicklung des Landesverbandes bis zum Jahr 2026.

Die finanzielle Situation des Landesverbandes Brandenburg ist weiterhin von den Folgen des Ausscheidens aus dem Landtag im Jahr 2024 geprägt. Die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung sind deutlich zurückgegangen und belaufen sich aktuell auf rund 22.600 Euro jährlich. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, unsere bestehenden Strukturen zu finanzieren und die politische Handlungsfähigkeit des Landesverbandes und seiner Kreisverbände langfristig zu sichern.

Ein wesentlicher Ausgabenblock bleibt das Personal der Landesgeschäftsstelle. Im Haushalt sind dafür 6,5 Vollzeitäquivalente vorgesehen. Dazu gehören fünf tariflich Beschäftigte sowie die Stellenanteile für die Wahlämter der Landesgeschäftsführung und der Landesschatzmeisterin. Durch die Reduzierung des vergüteten Stellenanteils der Landesschatzmeisterin liegt der tatsächliche Umfang inzwischen bei rund 6,2 Vollzeitäquivalenten. Ein erheblicher Teil der mit diesem Amt verbundenen Aufgaben wird weiterhin ehrenamtlich wahrgenommen.

Die tariflichen Vereinbarungen sehen für 2026 eine Steigerung der Bruttoentgelte um 4 Prozent und für 2027 eine weitere Steigerung um 4 Prozent vor. Neben diesen Entgeltsteigerungen erhöhen sich entsprechend auch die darauf entfallenden Arbeitgeberaufwendungen. Damit wächst der finanzielle Druck auf den Landeshaushalt.

Angesichts der veränderten Einnahmesituation ist es notwendig, die personellen und organisatorischen Strukturen der Landesgeschäftsstelle kritisch zu überprüfen. Dabei müssen der tatsächliche Personalbedarf, die Aufgabenverteilung und die Effizienz bestehender Arbeitsabläufe betrachtet werden. Ziel sollte eine leistungsfähige und wirtschaftlich organisierte Landesgeschäftsstelle sein, die die politische Arbeit des Landesverbandes zuverlässig unterstützt und gleichzeitig langfristig finanzierbar bleibt.

Finanzierungssystem des Landesverbandes und Plan der Abführungen

Die Finanzierung des Landesverbandes erfolgt nach dem Solidarprinzip. Da die Mitgliedsbeiträge grundsätzlich der Ebene zustehen, auf der sie erhoben werden, in der Regel also den Kreisverbänden, werden die Landesverbände durch ein Umlagesystem finanziert. Das über lange Jahre in Brandenburg verwendete Berechnungsmodell ist hinsichtlich Prognosequalität und Verteilungsschlüssel spätestens seit den Corona-Jahren innerhalb des Landesverbandes diskutiert worden. Für den Haushalt 2026 nahm die

Landesschatzmeisterin bereits deutliche Veränderungen vor, die zu einer sehr viel besseren Prognosequalität und einer gerechteren Lastenverteilung zwischen den Kreisverbänden führten. Parallel nahm eine Arbeitsgruppe finanzen Beratungen zu einer grundlegenden Neuordnung des Plans der Abführungen auf. Das zunächst vorgeschlagene Modell einer absoluten Gleichverteilung (alle KV führen den gleichen Anteil ihrer Beitragseinnahmen an den Landesverband ab) war in der Diskussion nicht konsensfähig. Dem neuen Landesvorstand werden zwei Varianten zur weiteren Diskussion übergeben. Eine Entscheidung, die von mindestens 14 Kreisverbänden mitgetragen werden muss, ist bereits für den Haushalt 2027 erforderlich. Die Diskussion über eine dauerhaft tragfähige Finanzierungsstruktur, die sowohl dem Landesverband als auch den Kreisverbänden eine stabile Arbeitsfähigkeit garantiert, muss vom neuen Landesvorstand zwingend fortgeführt werden.

Mitgliederentwicklung und Beitragseinnahmen

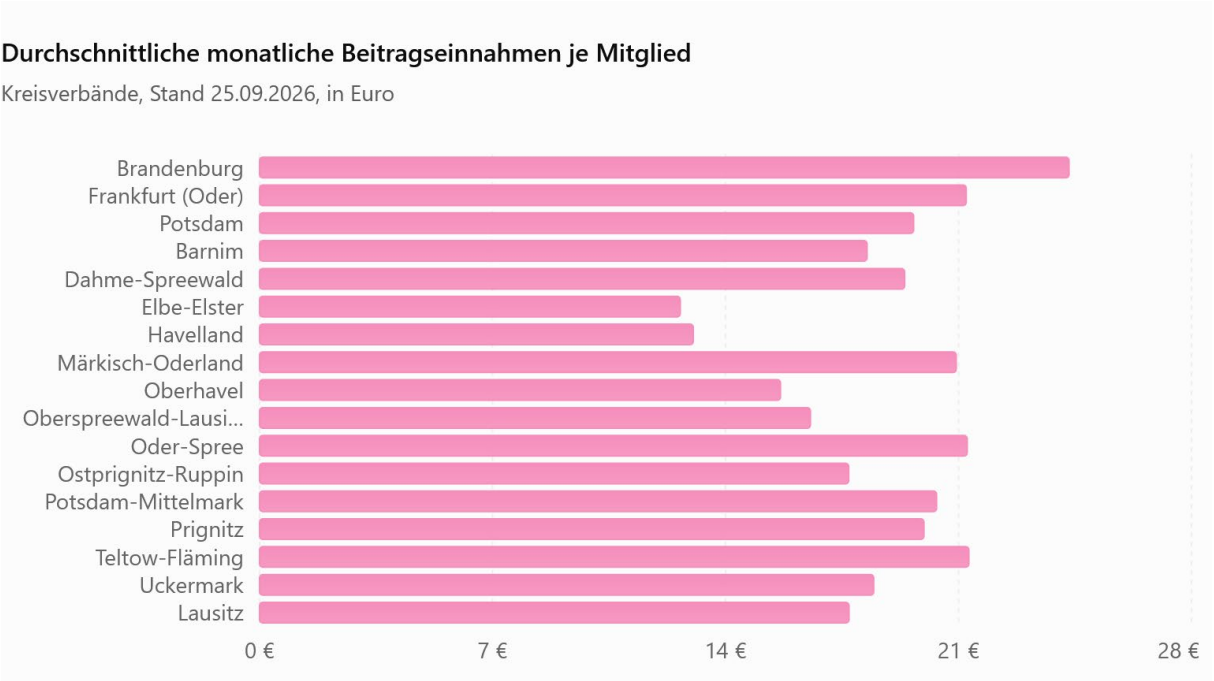
Die Mitgliedsbeiträge bilden weiterhin die wichtigste und verlässlichste Einnahmequelle unseres Landesverbandes. Erfreulich ist, dass sich die Mitgliederentwicklung nach Jahren rückläufiger Zahlen wieder positiv entwickelt.

Im Jahr 2025 wurden laut Rechenschaftsbericht Mitgliedsbeiträge in Höhe von insgesamt 1.301.432,42 Euro vereinnahmt.

Die Auswertung der im Mitgliedersystem erfassten Beitragszahlungen zum 31. Dezember 2025, ohne die Barzahlungen in den Kreisverbänden, ergab durchschnittliche monatliche Beitragseinnahmen von 19,40 Euro je Mitglied.

Zum 25. September 2026 lag dieser Durchschnitt bei 18,85 Euro. Gleichzeitig stieg die in der Beitragsauswertung erfasste Mitgliederzahl von 5.344 auf 5.413 Mitglieder.

Zwischen den Kreisverbänden bestehen erhebliche Unterschiede. Die durchschnittlichen monatlichen Beitragseinnahmen bewegen sich zwischen 12,64 Euro und 24,32 Euro je Mitglied. Damit zeigt sich, dass der Mitgliederzuwachs nicht automatisch zu entsprechend höheren durchschnittlichen Beitragseinnahmen führt. Neben der Gewinnung neuer Mitglieder bleibt es wichtig, die Beitragsentwicklung regelmäßig zu überprüfen und mit den Mitgliedern über die Höhe ihrer Beiträge ins Gespräch zu kommen. Dabei sind selbstverständlich die unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Mitglieder zu berücksichtigen.



Staatliche Parteienfinanzierung und Bundeszuweisungen

Die finanzielle Situation des Landesverbandes hat sich infolge des Ausscheidens aus dem Brandenburger Landtag im Jahr 2024 erheblich verändert. Die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung sind deutlich gesunken und belaufen sich derzeit auf 22.600 Euro jährlich. Hinzu kommt, dass die finanziellen Zuwendungen der Bundespartei seit 2025 vollständig eingestellt wurden. Damit entfällt eine weitere bisherige Einnahmequelle, die zur Finanzierung der laufenden Arbeit des Landesverbandes beigetragen hat.

Diese Entwicklung stellt uns vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Die bestehenden Ausgabenstrukturen müssen zunehmend aus den eigenen Einnahmen des Landesverbandes finanziert werden. Insbesondere die Mitgliedsbeiträge gewinnen dadurch weiter an Bedeutung, da sie unsere einzige Einnahmequelle, außer der noch hinzukommenden aber schlecht zu kalkulierenden Spendeneinnahmen, darstellen.

Die langfristige finanzielle Stabilität des Landesverbandes erfordert deshalb eine vorausschauende Haushaltsplanung, einen verantwortungsvollen Umgang mit den vorhandenen Mitteln und eine regelmäßige Überprüfung der Ausgabenstrukturen. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass ausreichend finanzielle Spielräume für die politische Arbeit und die Unterstützung der Kreisverbände vorhanden sind.

Entwicklung der Einnahmen und der Vermögenslage

Die finanzielle Entwicklung des Landesverbandes war im Berichtszeitraum von erheblichen Veränderungen geprägt. Während die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen angestiegen sind, führten der Wegfall der Landtagsfraktion und die damit verbundenen Veränderungen zu erheblichen Rückgängen bei den Mandatsträgerbeiträgen und den Spenden.

Die Mitgliedsbeiträge auf Ebene des Landesvorstandes erhöhten sich von rund 950.000 Euro im Jahr 2024 auf rund 1,19 Millionen Euro im Jahr 2025. Damit konnte diese wesentliche Einnahmequelle deutlich gestärkt werden.

Demgegenüber sanken die Mandatsträgerbeiträge von rund 124.400 Euro auf rund 20.900 Euro. Auch die Spendeneinnahmen gingen erheblich zurück.

Das Haushaltsjahr 2025 schloss auf Ebene des Landesvorstandes mit einem Defizit von rund 97.500 Euro ab. Damit fiel das Defizit deutlich geringer aus als im Wahljahr 2024, in dem es rund 398.000 Euro betrug.

Gleichzeitig verringerte sich das Reinvermögen des Landesvorstandes von rund 1,81 Millionen Euro auf rund 1,71 Millionen Euro. Die Geldbestände reduzierten sich von rund 957.300 Euro auf rund 788.500 Euro, diese Tendenz setzt sich im Jahr 2026 weiter fort.

Zwei Kreisverbände mussten in der laufenden Wahlperiode mit Darlehen gestützt werden, um Wahlkampf und laufende Kosten absichern zu können. In zwei weiteren Kreisverbänden wurde die Situation mit Sonderentnahmen aus dem Strukturfonds stabilisiert, in dem diese beiden Kreisverbände jeweils ein besonders hohes Ansparvolumen aus den Vorjahren gebunden hatten.

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass trotz gestiegener Mitgliedsbeiträge weiterhin ein erheblicher Anpassungsbedarf besteht, um die laufenden Ausgaben langfristig aus den regelmäßigen Einnahmen finanzieren zu können.

Die Landesschatzmeisterin unterstützt und berät die Kreise bei der Optimierung ihrer eigenen Haushalte. Dies sollte auch in der kommenden Wahlperiode fortgeführt werden. Hinsichtlich ausstehender Mieten für Untermietverträge hat der Landesverband die notwendigen Verfahren übernommen und die betroffenen Kreisverbände so entlastet. Da Mietverträge als sogenannte „Dauerschuldverhältnisse“ entsprechend Satzung und Finanzordnung nur durch den Landesvorstand geschlossen werden können, ist dies folgerichtig. Als Konsequenz aus diesen Vorkommnissen hat die Landesschatzmeisterin außerdem ein Controlling-Verfahren entwickelt und mit den Kreisverbänden abgestimmt, das solche Entwicklungen künftig von vornherein vermeiden soll. Dieses Verfahren wurde im April 2026 vom Landesvorstand beschlossen.

Das im April 2026 beschlossene Verfahren gilt künftig auch für die Überwachung der Zahlung von Mandatsträger*innenbeiträgen. Auf Landesebene waren in dieser Wahlperiode zwei Fälle zu bearbeiten, von denen ein Verfahren derzeit gerichtsanhängig ist. Die Forderungen aus Mietrückständen und

Mandatsträger*innenbeiträgen summieren sich insgesamt auf einen Betrag von ca. 22.000,- Euro. Der Landesvorstand ist konsequent bemüht, diese Forderungen auch zu realisieren, um finanziellen Schaden vom Landesverband und den betroffenen Kreisverbänden abzuwenden.

Die Vermögenslage des Landesverbandes hat sich im Berichtszeitraum unterschiedlich entwickelt. Während das Reinvermögen der Kreisverbände von rund 967.000 Euro auf rund 1,05 Millionen Euro stieg, verringerte sich das Reinvermögen auf Landesebene von rund 1,81 Millionen Euro auf rund 1,71 Millionen Euro. Insgesamt verfügte der Landesverband einschließlich seiner Kreisverbände zum 31. Dezember 2025 über ein Reinvermögen von rund 2,76 Millionen Euro. Hier inkludiert sind die Vermögenswerte aus Beteiligungen von knapp 1 Mio. Euro.

Entwicklung der Einnahmen

Jahr	Mitgliedsbeiträge	Spenden	Mandatsträgerbeiträge
2024	1.058.804,75 €	230.763,62 €	183.425,82 €
2025	1.301.432,42 €	161.130,90 €	85.489,24 € *
Veränderung	**+22,9 %**	**–30,2 %**	**–53,4 %**

* ausschließlich MTB der KVs

Entwicklung des Reinvermögens

Jahr	Landesvorstand	Kreisverbände	Gesamt
2024	1.807.076,53 € *	966.569,53 €	2.773.646,06 €
2025	1.709.602,74 € *	1.048.675,33 €	2.758.278,07 €
Veränderung	**–97.473,79 €**	**+82.105,80 €**	**–15.367,99 €**

* davon Beteiligungen an Unternehmen (Vulkan): 926.351,48 EUR

Entwicklung der zweckgebundenen Rücklagen

Zur Finanzierung besonderer Aufgaben stehen dem Landesverband zweckgebundene Mittel im Landeswahlkampffonds, Strukturfonds, Hausfonds, Frauenfonds und IT-Fonds zur Verfügung.

Diese Fonds ermöglichen es, kommunale Wahlkämpfe, Investitionen in die Geschäftsstellen, notwendige technische Erneuerungen sowie politische Veranstaltungen und Projekte gezielt zu unterstützen.

Auch im Jahr 2026 wurden entsprechende Mittel in Anspruch genommen beziehungsweise für geplante Maßnahmen vorgesehen. Allerdings konnten insbesondere beim Strukturfonds die Entnahmen in den vergangenen Haushaltsjahren nicht durch entsprechende neue Zuführungen ausgeglichen werden.

Die Entwicklung zeigt, dass der Erhalt und der perspektivische Wiederaufbau dieser finanziellen Reserven eine wichtige Aufgabe der kommenden Haushaltsjahre bleibt. Dabei müssen die laufenden finanziellen Verpflichtungen ebenso berücksichtigt werden wie die Notwendigkeit, zukünftige politische Vorhaben weiterhin aus eigenen Mitteln unterstützen zu können.

Entwicklung der Fonds und Liquidität

Zeitraum / Buchung	Liquiditätsreste	Strukturfonds	Wahlfonds	Hausfonds	Frauenfonds	IT-Fonds
31.12.2023 · Stand	**774.241**	**127.978**	**197.873**	**34.160**	**21.921**	**7.500**
2024 · Zugang	0	13.203	20.000	10.000	5.000	2.500
2024 · Abgang	355.845	26.244	23.000	0	2.408	0
31.12.2024 · Stand	**418.396**	**114.937**	**194.873**	**44.160**	**24.513**	**10.000**
2025 · Zugang	0	500	10.000	0	0	2.500
2025 · Abgang	74.100	9.030	46.779	7.564	3.664	0
31.12.2025 · Stand	**344.296**	**106.407**	**158.094**	**36.596**	**20.849**	**12.500**
2026 · Zugang	0	500	0	0	2.000	2.000
2026 · Abgang	0	2.520	6.000	0	3.708	10.995
31.10.2026 · Stand	**344.296**	**104.387**	**152.094**	**36.596**	**19.141**	**3.505**